



Frühjahrskonferenz

6. und 7. Juni 2018

Beschluss

Baden-Württemberg
Bayern
Berlin
Brandenburg
Bremen
Hamburg
Hessen
Mecklenburg-Vorpommern
Niedersachsen
Nordrhein-Westfalen
Rheinland-Pfalz
Saarland
Sachsen
Sachsen-Anhalt
Schleswig-Holstein
Thüringen

TOP II.15 Einführung einer Versuchsstrafbarkeit bei Unterstützung terroristischer Vereinigungen

Berichterstattung: Bayern, Hessen, Niedersachsen, Saarland

1. Im Anschluss an ihren Beschluss vom 9. November 2017 haben die Justizministerinnen und Justizminister erneut die strafrechtliche Terrorismusbekämpfung erörtert. Nach ihrer Auffassung besteht eine Strafbarkeitslücke beim Tatbestand der Unterstützung terroristischer Vereinigungen, die durch Einführung einer Versuchsstrafbarkeit zu schließen ist.
2. Die Justizministerinnen und Justizminister bitten die Bundesministerin der Justiz und für Verbraucherschutz, dies im Änderungsgesetz zur Umsetzung der Richtlinie zur weiteren Verbesserung der Bekämpfung des Terrorismus zu berücksichtigen.